



BÜRGER

GE G E N D I E N T U N N E L B A U

Über 7000 Unterschriften haben nichts genutzt. Am 29. Mai haben der Bauausschuß und der Verkehrsausschuß des Abgeordnetenhauses eine politische Entscheidung getroffen. Die Ausschüsse empfahlen dem Plenum, die Gelder für den Tunnel freizugeben.

Unsere sachlichen Argumente blieben vom Senat unbeantwortet:

--Es gibt keine Stromzählungen, die Herkunft und Ziel des heutigen Verkehrs erfassen. Der Durchgangsverkehr, dem der Tunnel dienen soll, ist vom Senat nie gezählt worden. 1971 wurde er vom Senat auf 68% geschätzt.

Am 21. und 28. Mai 74 zwischen 16:00 und 18:00 Uhr hat die Bürgerinitiative eine Stromzählung für den Geradeausverkehr in der Berliner Str.-Potsdamer Str. durchgeführt. Das Ergebnis: nur 30-35% aller Kraftfahrzeuge, die in den Ortskernbereich einfahren, würden den Tunnel überhaupt benutzen können.

Dafür ist der Tunnel nicht nötig.

--Die Verkehrsprognose des Senats für 1985 wurde von der Bürgerinitiative angezweifelt, aber bisher der Alternativlösung zugrunde gelegt. Verkehrsfachleute erklären, daß diese Prognose, die im Jahre 1969 erstellt wurde, heute völlig veraltet sei.

--Die Bürgerinitiative hatte für ihre Alternative eine Berechnung der Ampelanlage an der Kreuzung Berliner Str.-Clayallee vorgelegt. Wir haben sie zurückgenommen. Der theoretische Ansatz dieser Berechnung widersprach den Erfahrungswerten der Bauverwaltung. Wir konnten in Berlin keinen namhaften Verkehrsfachmann für die Berechnung unserer Alternative gewinnen. Sie verwies alle auf ihre geringe Unabhängigkeit.

Die Behauptung des Senats allerdings, daß der niveaugleiche Kreuzungsausbau nur 62% des zukünftigen Verkehrs bewältigen könne, ist unhaltbar. Der Verkehr soll zwischen 1971-85 um 40% anwachsen. Das hieße, daß die verbesserte Kreuzung nur 2% mehr Verkehr bewältigen könnte. Diese Behauptung ist unhaltbar.

Für den neuen Senatsentwurf wurden den Abgeordneten keine technischen und finanziellen Nachweise vorgelegt.

--Berechnungen, daß der vorausgesagte Kreuzungsverkehr für 1985 über nur 2 Fahrspuren je Richtung abgewickelt werden kann, wurde nicht vorgelegt.

--Der Nachweis, daß die neuen Leitungen so verlegt werden können, daß die Bäume vor Bolle und Woolworth erhalten bleiben können, wie der Senat jetzt behauptet, wurde nicht vorgelegt.

--Die Begründung für den Abriß der Gebäude, trotz verminderter Fahrspuren, wurde nicht vorgelegt.

Die Bürgerinitiative ist überparteilich. Die Stellung der Parteifraktionen zum Tunnelprojekt im Bauausschuß und Verkehrsausschuß des Abgeordnetenhauses:

SPD: für den Tunnel

CDU: für den Tunnel; sie fordert aber ein Sachverständigengutachten wegen der allgemeinen Unsicherheit der Senatsplanung

FDP: gegen den Tunnel

Im der Bezirksverordnetenversammlung Zehlendorf:

SPD: für den Tunnel

CDU: für den Tunnel

FDP: für den Tunnel

Vor den Ausschüssen entgleiste der Senator Dr. Riebschläger. Er beurteilte die Arbeitsergebnisse der Bürgerinitiative als Laienwerk. Die Alternative, die von hochqualifizierten Fachleuten der Bürgerinitiative unter Berücksichtigung von Vorschlägen aus allen Schichten der Bevölkerung erarbeitet wurde, widerlegt diese Auffassung. Im Interesse der Sache entschuldigen wir die Bemerkungen des Senators. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, daß sich die Auseinandersetzungen mit dem Tunnelprojekt auf sachlicher Ebene abspielen.

Ihre weitere Unterstützung ist immer noch wichtig.

Sonderkonto: Bürgerinitiative Erhaltung Ortskern Zehlendorf
Berliner Bank Konto-Nr. 39 7777 5800
Teltower Damm 29

Kontaktadresse: W. Grunwald, 1 Berlin 37, Berliner Str. 10